

Hermannstädter Zeitung

Siebenbürger Boten.

vereinigt mit dem

Erscheint
in Ausnahmefällen
Sonntags täglich. Kosten
für das halbe Jahr 5 fl.,
das Vierteljahr 2 fl. 50 kr.,
ein Monat 85 kr.

Mit
Postversendung:
Im Inland:
halbjährig 7 fl., viertel-
jährig 3 fl. 50 kr., 3. B.
Im Ausland:
vierteljährig 4 fl. 50 kr.,
Rebaktur u. Eigen-
thümer
Th. Steinhaufen.

Inserate
aller Art werden in der
Steinhaufen'schen Buch-
druckerei angenommen; für
jede Zeile 10 Centesime.
Zeiler's Annoncenbureau,
Königsplatz 60; für die
Annoncenbureau A. Oppel-
lich, Wallstraße 22 und Has-
senstein & Vogler, Neuer
Markt 11; für Anstalt
Hassenstein & Vogler in
Berlin, Hamburg, Frankfurt
a. M., Weid n. Paris.
Das einmalige Einlegen
einer Annonce in ein Gar-
mentblatt kostet 1/2 fl., das
2. Mal 6 kr., das 3. Mal
5 kr., jedes der folgen-
denmal 30 kr.

Abonnements-Bureau: In Mediasch bei Herrn J. G. Hedrich; in Schäßburg bei Herrn G. J. Haberfang, Buchhändler; in Szafnau bei Herrn J. G. Kinn, Kaufmann; in Broos bei Herrn J. F. Leonhardt, Kaufmann; in Mählbach bei Herrn J. Leonhardt, Kaufmann; in M. B. B. bei Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Bistritz bei Herrn G. Schell, Lehrer; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Zeidner, Buchhändler; wofür die Abonnements-Verträge franco erlesen werden.

Nr. 16.

Hermannstadt, Mittwoch am 19. Januar

1870.

Politische Uebersicht.

Wien, 16. Januar.

Um das fünfte Mal des Adreßentwurfes im Herrenhause entbrannte die parlamentarische Schlacht in der gestrigen Sitzung des Herrenhauses und die Majorität des Ministeriums ist, wie wohl sie mündlich dem heißen Kampfe zuzuhilfen kam, mit einer Majorität von 57 gegen 27 Stimmen Siegerin geworden. Auch nicht einmal die Annäherungsgelüste in abgeklärtem Maße zum Ausdruck bringende Amendements finden Gnade vor den Augen der Majorität und, soweit wir berichtet sind, wurde von Mitgliedern des Hauses, welche solche Amendements zu stellen die Absicht hatten, dies hauptsächlich aus dem Grunde unterlassen, weil die Stimmung im Hause errathen ließ, daß diese Amendements keine Aussicht hatten, angenommen zu werden. Der Hauptkämpfer war der ehemalige Präsident des Staatsrates, Freiherr v. Lichtenfels. Dieser merkwürdige Redner, dessen geradezu unüberwindlicher Einfluß auf das Herrenhaus im Laufe der Jahre nicht nur nicht eingebüßt hat, sondern vielmehr gewachsen ist, sprach gestern früh mit Erregtheit, wenn man überhaupt von Erregtheit bei einem Manne sprechen darf, der, wie Herr v. Lichtenfels, niemals an das Gemüth, stets nur an den Verstand seines Auditoriums appellirt. Seine geistige Rede über den Verstand der Adresse erinnerte lebhaft an die Lage der Debatte über die fauerliche Vorhänge an den ungarischen Landtag im Jahre 1861. Wie damals, so trat er auch diesmal als Anwalt der Macht der Krone auf, die ihm gefährdet schien und die vor Fährlichkeiten einer planlosen, nebelhaften Politik zu retten er für seine patriotische Pflicht hielt. Freiherr v. Lichtenfels bekam sich heute noch offen und rückhaltlos zum Centralismus. Er macht kein Hehl daraus, daß er seinerzeit es tief bedauerte, den Dualismus in der Monarchie zur Geltung gebracht zu haben. Der Dualismus ist nun einmal gesetzlich eingeführt. Die Krone hat ihn sanctionirt, nachdem ihn die legalen gesetzgebenden Körperschaften, zwar einer Zwangslage folgend, aber doch in vollkommen gesetzgebender Weise zum Beschluß erhoben. Das Gesetz ist ihm heilig, wenn er es auch früher bekämpft hat. Nun treten aber als drohende Gefahr der Föderalismus und seine zersetzenden Elemente an das schwer heimgeleitete Oesterreich heran. Die Gefahr findet den alten Kampfer auf seinem Plage. Mit einer Gewandtheit und Geistesstärke, um die den schwerbetagten Mann so manches jugendliche parlamentarische Talent beneiden darf, führt er die Waffe seiner scharfen dialektischen Beredsamkeit. Unerbittlich zieht er die Konsequenzen aus den ihm von der Gegenseite gebotenen Prämissen, schonungslos deckt er ihre Schwächen auf und keine Rücksicht hält ihm ab, seine Meinung laut heraus und ohne jede Verhüllung auszusprechen. Ein Feind jeder Verschönerung, die fast die hiesige Begleitlerin der Gefühlspolitik ist, bezieht er mit aller Schärfe, was er will und was der Gegner antwortet. Aus all' den wohlwollenden, zähen, theils vorsichtigen, theils unerfahrenen Bräusen der Gegner hört er nur das Eine heraus: Man will den Föderalismus. Und nun geht er an seine Arbeit. Mit zwingender Logik stellt er seinen Zuhörern dar, was unter diesem Begriffe zu verstehen ist, was man von dem Föderalismus zu erwarten habe, wozu er führen müsse. An einem konkreteren Beispiele muß er sein — Rechenempfehlungen. In diesem Behufe nimmt er, wie wohl keine Veranlassung dazu vorliegt, die Resolution des galizischen Landtags vor, die seine parlamentarischen Kampfsprüche abschließend und um die Gegner zu gewinnen, bei Seite gelassen. Hat er diese ad absurdum geführt, denkt er, so wird natürlich die Anwendung auf die Forderungen der reichthümlichen Opposition von selbst nachkommen können. Kein gutes Haar läßt er an dieser Resolution, die eine Sonderstellung für Galizien beansprucht, neben welcher der Staatsbegriff Oesterreich keinen Platz habe. Was bleibt von dem Kaiser und

seinen Exekutivorganen noch übrig, fragt er mit kluger Berechnung des Effectes auf die über die Macht der Krone eifersüchtig wachenden Parts des Reiches, wenn die Länder die Justiz, den Unterricht, die Verwaltung an sich reißen? Wohin soll es führen, wenn jedes Land sein eigenes Strafrecht und Civilrecht hat, wie soll Oesterreich Schritt halten mit dem Auslande auf dem Gebiete der Wissenschaft, wenn der zerstückelte Unterricht in den Händen fanatischer Nationalen verfallt? Kann Handel und Wandel blühen, wenn Verwaltung und Justiz ärgster Jahreszeit verfallt? Mit einer gewissen Bitterkeit entfährt er den Gegnern der Polen, welche die konfessionelle Gesetzgebung gnädig der Kompetenz des Reichsrathes anheimstellen, weil ihr Landeskirchenfond passiv und zinsungsbedürftig sei, und denen er es zum Vorwurfe macht, daß sie gegen die December-Versammlung im Ganzen gestimmt, wiewohl sie die Konzeptionen im Einzelnen acceptirt hätten. Er hat ein merkwürdig gutes Gedächtniß dieser greis graue Freiherr v. Lichtenfels und er verzieht es, wirkliche Erinnerungen anzuführen. Am 29. November 1867, sagt er, habe ich während meine Stimme erhoben gegen die Konzeptionen an den Föderalismus; ich sagte, daß die Nachlässigkeit die Ansprüche des Gegners nur steigen würde. Der Staatsmann, der damals an der Spitze der Regierung stand, sprach dem gegenüber die Erwartung aus, daß der Völkerruf die Folge der Konzeptionen sein werde. Ich möchte ihn heute fragen, was er behält. Steigert's Herr Politik, er citirt, ohne Namen zu nennen, das Uebomische Wort, ist ihm der Föderalismus in Oesterreich. Er will ihm seine Hand nicht bieten.

Die tiefste Haltung des Herrenhauses und die impotente Abtönung — imposant durch die Zahl der Majorität wie durch die Namen ihrer Mitglieder — haben, wie berichtet wird, die Entscheidung über die Ministerliste gefördert. Die Herren der Minorität haben auf Grund des Votums im Herrenhause ihre Bitte um Demission aufs Dringendste erneuert und wird darum die kaiserliche Entschliessung für heute oder längstens morgen mit Bestimmtheit erwartet. Man macht das Motiv geltend, daß das Votum des Abgeordnetenhauses sich nunmehr mit Bestimmtheit voraussetzen läßt, nachdem das Herrenhaus in so klarer Weise seine Ansicht über die Vorschläge und das System der Ministerminorität kundgegeben hat. Es wäre daher nicht wohl gethan, die Ungezogenheit noch länger fortzusetzen und aus dem Abgeordnetenhause eine neue Agitation in das öffentliche Leben zu erregen, die das Vertrauen in das Ministerium erschüttern würde.

Lebhafter wird sich jedenfalls der Kampf im Abgeordnetenhause des Reichsrathes gestalten, doch voraussichtlich ganz mit demselben Erfolge. Wohl machen die Polen keinen Hehl aus dem, was sie für die Zukunft der Adresse angenommen würde, den Reichsrath zu verlassen; sie haben sich aber zuletzt eines Besseren besonnen, und bleiben nun auf dem Boden der Verfassung weiterzukämpfen um das, was die bekannte Resolution des kemberger Landtages für Galizien verlangte. Die Trivler, auf welche die Opposition ebenfalls rechnet, verbleiben nicht nur für jeden Fall im Reichsrath; sie haben sogar an die Gesetze, die sehr verständliche Aufforderung gerichtet, in den Reichsrath zu kommen, dabeih die Majorität sich zu erwerben, was unter den obwaltenden Verhältnissen gar nicht so unmöglich wäre, und die Verfassung der Verfassung vom absolut verfassungsmäßigen Standpunkte aus anzuführen.

Die Entscheidung ist getroffen. Kein Zweifel mehr, daß die drei Ministerminister ihre Entschliessung erhalten und daß Minister Plener, als der älteste der fünf Majoritätsminister mit der Kompletirung des Cabinets betraut wird. Heute Vormittags wurde Plener zum Kaiser berufen, um Sr. Majestät einen Vortrag zu erstatten. Die Handschriften an Plener und an die abtretenden Minister sollen noch heute ausgefertigt werden, da Sr. Majestät heute Abends Wien verläßt und sich nach Pest bezieht. Das Abgeordnetenhause, das am Dienstag die Adreßdebatte beginnt, wird also schon ein geeinigtes Ministerium sich gegenüber sehen.

Als neue Minister nennt man bereits Baron Linti (Ackerbau-Minister), General Moering (Landesverteidigung), den Dr. Ungar als Kandidaten für alle möglichen Ministerposten. Was von der Erziehung des Reichsfinanzministers durch Baron Dr. Drey erzählt wird, gebietet vorläufig in das Reich der Gründung. Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, v. Hopfen, soll nicht geneigt sein, das Amt eines Ackerbau-Ministers anzunehmen.

Die „Kreuzzeitung“ stellt es in Abrede, daß Benedetti vom Posten eines französischen Vorkämpfers in Berlin abberufen werde. In Berlin beschäftigt zumeist die Strafgesetzgebung die öffentliche Meinung. Von dem Entwurf einer Bundesstrafprozessordnung verläutert: dieselbe befeigt die Institution des Staatsgerichtshofes und unterstelle die Prozessprozedur im Zukunft dem Geschwornengericht.

Ueber das neue Pressegesetz, dessen Vorlage der preussische Minister des Innern noch für die gegenwärtige Session des Landtages zugesagt hat, verläutert: dasselbe werde mehr nur eine Reform der administrativen Seite der Pressegesetzgebung sein und würde die strafrechtliche Seite unberührt lassen.

Während der massenhaften Ansammlung der zur Beerdigung Viktor Noir's erschienenen Volksmenge, war man im gesetzgebenden Körper in einiger Besorgnis um die Sicherheit der Versammlung vor den von dem Begräbnis Noir's zurückkehrenden Massen. Die Herren Schneider, Ollivier und Le Boeuf sollen sogar in einer Privatunterredung besondere Vorkehrungsmaßregeln für diesen Fall verabredet haben. Auch hieß es, eine Volksdeputation hätte sich anmelden lassen. Die Bureau vertriehen indes den Antrag auf Verlegung Noir's in den Anstaltsgelände und dies war der Grund oder Vorwand, weshalb die Mitglieder der Linken nicht bei dem Begräbnis in Neuilly erschienen waren.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Wien, 15. Jänner. (Unterhaus-Sitzung.) (Nachtrag.) Koloman Szeczy ergreift nach Gabriel Kemény in der Generaldebatte über das Budget das Wort. Er erklärt, er wolle hauptsächlich über die Pensionen sprechen und er thue dies darum in der Generaldebatte, weil auch der Finanzausschuß die Pensionen nicht bei den einzelnen Ministern, sondern abgeschlossen zusammen verhandelt hat. Zuvor aber müßte er über den Generalbericht im Allgemeinen einige Bemerkungen machen. Kemény hat dem Finanzausschuß vorgeworfen, daß derselbe bloß die Staatsausgaben, nicht aber auch die Bedeckung bequachtet habe. Nachdem jedoch die Gesamtbedeckung (wenige kleine Summen ausgenommen) einen Theil des Budgets des Finanzministeriums bilde, so wurde bei der Verhandlung dieses Resorbudgets naturgemäß auch die Bedeckung vom Finanzausschuß verhandelt und wenn Kemény dennoch ein Gutachten über die Bedeckung vermißt, so beweist dies nur, daß er den Bericht nicht gelesen habe. Wahr ist indes, daß der Finanzausschuß das Budget nicht mit der gehörigen Gründlichkeit studiren konnte und zwar darum nicht, weil man die einzelnen Theile des Präliminars nicht gleichzeitig vorlegte; derselbe hat jedoch seine Pflicht so weit er konnte erfüllt und an dem Hause liegt es, solche Anordnungen zu treffen, damit dem Finanzausschuß in Zukunft eine vollkommene Pflichterfüllung ermöglicht werde. Rechner hat übrigens die Ueberzeugung, daß das Budget niemals gründlich wird verhandelt werden können, wenn es dem Hause nicht zu Anfang des Jahres vorgelegt und wenn es wie bisher vom Finanzausschuß beraten wird. — In England befolgt das Parlament eine ganz andere Praxis; wenn das Präliminare vorgelegt wird, verwandelt sich das Haus in ein Komitee, an dessen Beratungen sich sämtliche Abgeordnete betheiligen.

Auf solche Weise ist es jedem Abgeordneten ermöglicht, zu hören, welche Anklagen die Regierung bezüglich der einzelnen Positionen erhebt

Feuilleton.

Affaire Pierre Bonaparte.

Paris, 12. Jänner.

Der Prinz Peter Napoleon Bonaparte (ein Sohn Lucian's, in den Versammlungen von 1848 und 1849 Mitglied der Berg-Partei, nur mit dem Vorbehalt, daß er in Fragen, welche seinen Vetter, den Prinzen Ludwig betrafen, stets auf dessen Seite stand, seit dem Staatsstreich in Zusagegebenheit lebend) stand schon seit einiger Zeit in Fehde mit einem oppositionellen Blatte von Ajaccio, der „Revanche“, welche das Andenken Napoleon's I. verunglimpft und so die Dynastie in ihrem Ursprung bekämpft. Die Polemik, für welche sich der seiner reizbaren Gemüthsart wegen bekannte Prinz eines anderen corsischen Blattes, des „Avenir de la Corse“, bediente, artete bald auf beiden Seiten in maßlose Insulten aus und als ein Korrespondent der „Revanche“, Herr Paischal Grouffier, den Streit auch in die „Marseillaise“ des Herrn Rochefort hinüberspielte, schrieb der Prinz Peter an sein Organ einen epischen Brief, in welchem er unter Anderem äußerte, jene Verräther verdienten, daß man ihnen die Eingeweide aus dem Leibe riße, um sie dem freien Heide preiszugeben. Herr Paischal Grouffier beschloß, im Namen seiner Kollegen vom Prinzen Genugthuung zu verlangen, und in dieser Absicht schickte er gestern zwei seiner Freunde, die Herren Ulric de Fonvielle und Viktor Noir, mit einem Briefe nach Anteuil in die Wohnung des Prinzen. Nun hatte aber dieser inzwischen schon seinerzeit die geherrn wörtlich mitgetheilte Herausforderung an Herrn Henri Rochefort gesendet; Rochefort hatte dieselbe, wie man jetzt erzählt, auch angenommen und seine Zeugen sollten sich ebenfalls im Laufe des gestrigen Nachmittags zum Prinzen begeben. Diese Umstände sind schätzbar; über den weiteren Verlauf der Begebenheiten liegen nun zwei Versionen vor:

Erste Version. Gegen Mittag begaben sich Viktor Noir, Fonvielle und Paischal Grouffier, welcher Letztere die beiden Anderen vor der Thüre

erwarten wollte, zu Wagen nach Anteuil; unterwegs begegneten sie noch einem Kollegen, Herrn Georges Canton, und nahmen denselben mit. Viktor Noir und Fonvielle wurden, als sie sich in dem Hotel des Prinzen gemeldet hatten, in einen Salon geführt. Einige Minuten später trat der Prinz, sehr bleich und aufgeregt, aus dem anstößenden Zimmer ein. Fonvielle überreichte ihm den Brief Paischal Grouffier's; der Prinz trat an das Fenster, las den Brief und knisterte ihn dann unwillig zusammen. „Sie kommen also nicht für Herrn Rochefort?“ fragte er angebracht. — „Nein, sondern für eine andere Angelegenheit.“ — „Nun denn, ich schlage mich nur mit Herrn Rochefort, denn er ist die Fahne dieses Unvergeßlichen (vion ratie); aber ich will nichts mit dem Bad (crapule) zu thun haben, welches ihm gebort.“ — Herr Fonvielle forderte den Prinzen auf, eine Ehrensache unabhängig zu behandeln. — „Sie zählen sich also auch zu diesem Bad (charogne)?“ fragte der Prinz. — „Es sind unsere Freunde,“ entgegnete Viktor Noir. Sofort gab der Prinz diesem eine Ohrspeiche und als Viktor Noir in der ersten Ueberrasschung zurückwich, zog der Prinz einen sechs-läufigen Revolver aus der Tasche und drückte ab. Viktor Noir wankte, zog sich mechanisch gegen die Thür zurück und verschwand. Inzwischen suchte Fonvielle einen Revolver, welchen er, in ein Gewand verpackt, in seiner Tasche trug, hervorzuholen; aber das Gewand wollte sich nicht öffnen, und während Fonvielle voll Entsetzen die Flucht ergriff, sandte ihm der Prinz zwei Angeln nach, welche ihm durch den Balcon gingen. Mit dem Ruf: „Man mordet in diesem Hause“, eilte Fonvielle die Treppe hinauf. Schon vor ihm war Viktor Noir mankend aus dem Hause getreten und in die Arme des erschrockenen Herrn Canton gesunken; man brachte ihn nach der nächsten Pharmacie, wo er, noch ehe er irgend ein Wort hervorbringen konnte, dem Geist aufgab. Die Angeln war ihm mitten durch die Brust gegangen.

Zweite Version. Der Prinz Peter Bonaparte hat dem Berichterstatter des „Figaro“, Herrn Theodor de Graue, selbst folgende Darstellung des Vorganges gegeben. „Sie sind mit drohender Miene, die Hände in den Taschen, bei mir erschienen und haben mir folgenden Brief überreicht:

Paris, 9. Jänner 1870.
An die Herren Ulric de Fonvielle und Viktor Noir, Redakteure der „Marseillaise“.

Liebe Freunde! Weißigender Ariei, welcher kürzlich mit der Unterschrift des Herrn Peter Napoleon Bonaparte veröffentlicht worden, enthält die größten Insulten gegen Redakteure der „Revanche“, eines demokratischen Blattes von Corsica. Ich bin einer der Gründer der „Revanche“ und vertritt dieselbe in Paris. Ich bitte Sie also, liebe Freunde, sich in meinem Namen zu Herrn Peter Napoleon Bonaparte zu begeben und von ihm die Genugthuung zu verlangen, welche kein Mann von Charakter in solchem Falle verweigern kann. Dem Herzen der Ehre Paischal Grouffier.

Als ich diesen Brief gelesen, sagte ich: Mit Herrn Rochefort redigiert, mit einem seiner Handlanger nicht! — Lesen Sie den Brief, sagte der Große (Viktor Noir) in eigentümlichem Tone. Ich antwortete: Ich habe ihn ganz gelesen; sind Sie etwa mit ihm solidarisch? Dabei hatte ich die rechte Hand in der Hosentasche auf meinem kleinen fünf-läufigen Revolver; mein linker Arm war halb erhoben, in entscheidender Haltung, als der Große mich heftig ins Gesicht schlug. Der Kleine (Herr Ulric de Fonvielle) zog eine sechs-läufige Pistole aus der Tasche; ich trat zwei Schritte zurück und schoß auf den, welcher mich geschlagen hatte. Der Andere kauerte sich hinter einen Esstisch und suchte von dort zu schießen, konnte aber seine Pistole nicht schußfertig machen. Ich trat zwei Schritte vor und löste auf ihn einen Schuß, der ihn, wie es scheint, nicht getroffen hat. Da ergriff er die Flucht und erreichte die Thür. Ich hätte noch einmal schießen können, aber da er mich nicht geschlagen hatte, so ließ ich ihn gehen, obgleich er die Pistole noch immer in der Hand hielt. Die Thüre blieb offen. In dem Nebenzimmer blieb er noch einmal stehen und lehrte seine Pistole gegen mich; da gab ich wieder Feuer und nun ging er davon.

Der Kaiser erhielt die Kunde von dem Geschehenen auf dem Bahnhofs von Montparnasse, als er eben aus Rembouillet von der Jagd zurückkam. Auf die Mittheilungen, die ihm der Polizeipräsident Herr Pietri

bahn.

und 14 auf der königl. un-

terem neuen Fahrplan bis

am Nachmittags von Kaschau

abgehend um 12 Uhr 1 Mi-

ner.

ction.

ige Körper-Functionen

en.

chwache Kinder.

ONDON.

Krankheiten gelitten, als:

men, Durchfall, Dysenterie,

und Geisteschwäche, Hals-

und Eiterung des Magens,

Drüsenentzündung, Wasser-

genheit, Spleen, allgemeine

Leibschmerz u. s. w. Es ist im

bes, gefundes, leicht verdau-

lichem neue Kraft verleiht.

Barry's Revalésière und befindet

und ungehörtem Schlaf und häufig

in vielen Jahren entbehrte. Dem

Boillet, Pariser.

Paris, den 27. December 1854.

oren!

stimmung über die Wirkung der

den und mit Vergnügen, sowie

was darüber von vielen Sei-

den

mit drückenden Unterleibs-Ge-

und dieses Mittels befreit, ja es

haben eine große Milderung und

die drei Monate daselbst gebraucht

von den befallenen Beschwerden

nicht mehr zu vertragen, daß das Mittel

skowski, Generalmajor a. D.

inverder, den 26. October 1856.

ich kenne mich gegen meine schon

in Unterleibs-Beschwerden, die we-

st, Töplig und verschiedene

haben, sehr gut zu thun, und ich

beizubehalten und bitte mir mit

zu versehen zu leihen.

geheimlich

in Wandlitz-Bath v. Polentz.

rafen Stuart de Decies.

Spoozin, Großschiff Waterford

15. Februar 1849.

ich der Revalésière war so heil-

wie, noch 10 Pfund verlor ich zu

die eine Anwendung an die Herrin

den und dem Publikum ge-

blüht hinzuzufügen, daß es Ihnen

den beizubehalten zu machen.

Stuart de Decies.

Dr. Würzer.

schmerzende Weh ist eines der

inwärtigen Mittel und erfolgt in

so zugleich sehr leicht verdaulich

er sehr vielen anderen schleimigen

so wird es mit dem größten

schmerzen und Krämpfen in Kran-

heiten u., bei Steinbeschwerden,

in Reizungen der Harnröhre, bei

den Nieren und in der Blase,

in ausgedehnten Eiterungen bezieht

schätzbares Mittel nicht bloß in

man Reis und Schmerzen lindern

und Antiseptikum, sondern, wo

überdies Eigenschaften gleichzeitig

zu sehr lästigen Husten wirkt, und

im geringsten Maße zu treten, die

daß die Revalésière beginnende

inwärtigen zu beiten vermag.

Dr. Rud. Würzer,

in der Arzt in Bonn, und mehrere

in verschiedenen Mitglied.

10 fl. — fr. 6. 23.

20 fl. — fr. 6. 23.

36 fl. — fr. 6. 23.

schwert erscheinenden Schlaf, er-

den zu 12 Tassen = 1 fl. 50 kr.

plem, den 11. April 1861.

Dieses herrliche Nahrungsmittel

A. Lespiat, Lebrerin.

Paris, 26. April 1856.

el Gutes gerben, da ich dadurch

ren und allgemeiner Schwäche.

Gallard.

entendant der franz. Armee.

Freiender.

kt, in Frankfurt a. M.:

Apotheken. 98—150

und er kann sich ein Urtheil über jede Summe bilden. Nach einem ähnlichen Modus gingen auch die sogenannten Distriktsversammlungen in Ungarn vor 1848 vor, und Redner empfiehlt die Wiedereinführung dieser Verhandlungsweise. Redner übergeht nun zum eigentlichen Gegenstande seiner Rede: zur Pensionfrage. Er spricht voraus, daß er aus derselben weder politisches Kapital schlagen, noch eine Parteifrage machen möchte. Allein er bittet das Haus, den Antrag, den er zum Schlusse stellen werde, als einen solchen zu betrachten, welcher der Ueberzeugung seiner ganzen Partei entspricht. Er stimmt dem Vorschlage des Finanzausschusses bei, insofern er ebenfalls wünscht, daß für die Pensionäre jene Pensionennormen maßgebend sein sollen, welche während des Provisoriums in der ganzen Monarchie zur Kraft bestanden; nur beweist Redner, daß man noch weiter gehen und viel mehr Individuen die Pensionen entziehen müsse, als der Finanzausschuß vorschlägt. Dahin gehören diejenigen Mitglieder der ungarischen Regierungsenten und der ungarischen Finanzbehörden, die dem absolutistischen Systeme als leitende Faktoren dienten und hierfür einen höheren Gehalt bezogen. Dagegen wünscht er den Witwen und Waisen dieser Leute, sowie denjenigen Individuen, welche während der Herrschaft des Absolutismus das Staatsvermögen verwalteten, ihre Pensionen zu belassen. Redner legt schließlich einen Antrag vor, welcher die Bestimmungen bezüglich der Pensionen der ehemaligen Regierungsbeamten detaillirt. — Das Haus beschließt, diesen Antrag in Druck zu legen und auf die Tagesordnung setzen zu lassen.

Graf Ferdinand Zichy: In Anbetracht der Dringlichkeit jener zahlreichen Reformarbeiten, welche der Reichstag erleben muß, ist es wünschenswert, daß das Budget so rasch und in so kurzer Zeit als möglich votirt werde; Redner kann daher dem Antrage Obzev's durchaus nicht beistimmen, daß das ungarische Parlament den Budgetverhandlungsmodus des englischen Unterhauses adoptiren möge; in Ungarn wäre es eine Sünde, Wochen, ja Monate mit der Budgetberatung zu verbringen. Koloman Tisa behauptet, die finanzielle Lage Ungarns sei eine sehr schlechte und traurige; sie ist aber gewiß nicht schlechter, sondern eher besser als damals, da wir das 1868-ger und 1869-ger Budget beiziehen. Die Bilanz zwischen Einnahmen und Ausgaben ist nicht der Maßstab zur Beurtheilung des finanziellen Zustandes eines Landes. Denn wenn wir sehen, daß die Einnahmen sich fortwährend vermehren und die Ausgaben sich nur darum höher stellen, weil wir bereits wohlthätige Reformen durchzuführen beginnen, so kann dies für uns nur ein sehr erfreuliches Moment sein. Tisa behauptet, daß an der schlechten finanziellen Situation des Landes die Lasten Schuld sind, welche wir durch die Transaktion übernommen haben; das ist aber ein Irrthum, denn nicht ein einzelner Faktor, sondern die gesammte Situation Europa's und der Monarchie hat die Lage hervorgerufen, welche Tisa so erschreckt. Tisa hat auch von Investitionen gesprochen; Redner ist bezüglich der Ueberzeugung, daß die beste Investition die Durchführung liberaler und wirtschaftlicher Reformen ist. Reformiren wir gründlich, und unsere Lage wird sich mit einem Zauberstrich zum Guten wenden; wir sehen jedenfalls schon jetzt, daß sich die Situation schon vielfach gegen damals gebessert hat, als dies gegenwärtige Ministerium die Regierung übernahm. Tisa glaubt, daß sich Ersparnisse bloß an den gemeinsamen Ausgaben und speziell am Armeebudget erzielen lassen; Redner meint aber, daß die gemeinsame Vertheilung und auswärtsige Vertretung der Monarchie gerade so wichtig ist, wie jede andere Angelegenheit. Fortwährende Ersparnisse wären auch weder zweckmäßig noch nützlich; denn eine Hauptgarantie der Prospektivität des Staates liegt darin, daß seine Wehrkraft zum Schutze seiner Integrität, seines Ansehens und seiner Würde gewahrt wird. Redner accipit den Generalbericht des Finanzausschusses.

Ernst Simonpi hat vor Allem einige Bemerkungen über die bisherige Form der Debatte. Der Minister hat den Entwurf eines Budgetgesetzes für 1870 vorgelegt, und das Haus soll nun entscheiden, ob es denselben im Allgemeinen annimmt oder nicht; nun aber gibt jeder Redner sein Votum dahin ab, ob er den Generalbericht des Finanzausschusses annimmt oder nicht; dieser Bericht ist ja aber bloß ein Gutachten über den Budgetentwurf, und wenn man den Bericht schon annimmt, so hat man doch über den Gesetzentwurf noch nicht die geringste Entscheidung getroffen. Redner wird deshalb nicht über den Generalbericht, sondern über den Budgetentwurf selbst sprechen. Was den Modus der Budgetberatung betrifft, so schließt er sich ganz der Ansicht Obzev's an, daß nämlich die Einführung des englischen oder des in Ungarn vor 1848 üblich gewesenen Verfahrens eben so wünschenswerth als zweckmäßig wäre. Graf Zichy sagte, wegen der Reformarbeiten müsse man das Budget in Kürze verhandeln; das heißt mit anderen Worten, er sagte im Wesentlichen, die Budgetdebatte sei eine Zeitverschwendung. Nun, das ist eine eigenthümliche Doktrin, die noch in keinem constitutionellen Staate angenommen wurde. Es gibt nichts Wichtigeres als die Budgetdebatte. Dieselbe bildet die Hauptgarantie der Freiheit und Verfassung des Landes; in der Budgetverhandlung bietet sich der Nationalvertretung Gelegenheit, die Politik der Regierung zu beeinflussen; denn die letztere kann nichts thun, wenn der Reichstag ihr kein Geld votirt. Redner übergeht nun auf die Betrachtung des Budgets und konstatirt durch Detailangaben, daß die Ausgaben sich bedeutend vermehrt haben, ohne daß sie zu nützlichem Zwecken verwendet würden. Finanzminister Köpny hat in seiner großen Rede drei Ziele der Regierung bezüglich der Finanzpolitik angegeben: nämlich die gerechte Vertheilung der Lasten, die Hebung der Steuerkraft des Landes durch zweckmäßige legislativische Verfügungen und die strenge Verfolgung des Sparsystems bei den Ausgaben. Für die gerechte

Vertheilung der Lasten ist noch nichts geschehen; zwar sind Steuernachlässe einberufen worden, allein diese haben mehr Partei- als Landesinteressen vor Augen gehabt; auch von gesetzlichen Verfügungen zur Hebung der Steuerkraft ist bisher noch nichts zu sehen, und was das Sparsystem betrifft, so läßt sich nicht merken, daß dasselbe gar so streng befolgt wird; mindestens steigen die Ausgaben ganz ungerichtet fortwährend. Redner unterzieht nun die einzelnen Ressorts einer speziellen Kritik. Für den Unterricht geschieht noch immer nichts; das Communicationswesen bietet das Bild schauerlicher Verwahrlosung; die Straßen sind überall grundlos; einem, dem Redner bekannten Ochsenhändler ist es passiert, daß aus einer Ochsenherde, die er vom Groß-Kanizsaer Bahnhofe in die Stadt selbst treiben ließ, unterwegs fünf Kinder im Rorbe verfanke und erstickten. Um wie viel sind wir diesbezüglich hinter der absolutistischen Regierung zurückgeblieben. Diese hat während ihrer Regierungsperiode, also von 1852—1866, zusammen in 14 Jahren 606 Meilen ausgezeichneter Staatsstraßen gebaut, für welche 30 Millionen verausgabt wurden, während ihre Erhaltung, Ausbesserung u. s. w. jährlich 2,047,000 fl. kostete.

Die ungarische konstitutionelle Regierung hat seit ihrem Bestehen, also seit drei Jahren, im Ganzen 10 Meilen neuer Staatsstraßen gebaut, einem, dem Redner bekannten Ochsenhändler ist es passiert, daß aus einer Ochsenherde, die er vom Groß-Kanizsaer Bahnhofe in die Stadt selbst treiben ließ, unterwegs fünf Kinder im Rorbe verfanke und erstickten. Um wie viel sind wir diesbezüglich hinter der absolutistischen Regierung zurückgeblieben. Diese hat während ihrer Regierungsperiode, also von 1852—1866, zusammen in 14 Jahren 606 Meilen ausgezeichneter Staatsstraßen gebaut, für welche 30 Millionen verausgabt wurden, während ihre Erhaltung, Ausbesserung u. s. w. jährlich 2,047,000 fl. kostete.

Noch hat Redner über die Verwaltungsmethode des Finanzministers Verschiedenes zu bemerken; die Zinsen des in Paris aufgenommenen Eisenbahnanlehens kommen im Budget nirgends vor; und doch müssen diese Zinsen gezahlt werden, die Coupons der Obligationen werden jedes Halbjahr regelmäßig eingelöst, die Verzinsung und Amortisirung hat seit zwei Jahren 4,459,620 fl. in Silber oder 5,350,000 fl. in Anspruch genommen, welche Summe auch erlegt wurde. Aber woher? denn im Budget kommt sie nirgends vor. Redner wäre zwar sehr zufrieden, wenn der Finanzminister Anlehen aufnehmen könnte, für die seine Zinsen zu zahlen wären, und er ließe ihm dann freie Hand, so viele Anlehen aufzunehmen, als er wolle (Güterfreiheit), aber nachdem für's Eisenbahnanlehen faktisch Zinsen gezahlt werden müssen und gezahlt werden, so fragt Redner, woher die hierzu nöthigen Summen genommen wurden? Der Finanzminister hat zwar im Vorjahre in der Antwort auf eine diesbezügliche Interpellation erklärt, die Zinsen werden von den, aus dem Eisenbahnanlehen subventionirten Bahnunternemungen bestritten; allein nachdem einige dieser letzteren, so die Hatvan-Miskolcz und die Zákány-Agramer, erst vor einigen Tagen eröffnet wurden und bisher noch keine Einnahmen machen konnten, so ist jene Auskunft des Finanzministers eine Fiktion und thatsächlich steht die Sache so, daß das Kapital selbst zur Verzinsung konsumirt wird.

Redner schließt, indem er dem Hause folgenden Beschlußantrag vorlegt und zur Annahme empfiehlt: In Anbetracht des bisherigen Vorgehens der Regierung bezüglich der Verwaltung der Staatsgelder, wodurch die Finanzen des Staates in einen deplorablen Zustand gerathen, spricht das Haus aus, daß es mit den Landesinteressen nicht länger vereinbar ist, dem gegenwärtigen Ministerium auch ferner die Verwaltung des Staatsvermögens anzuvertrauen, weshalb es den vorgelegten Budgetentwurf nicht annimmt. (Lebhafter Beifall von der äußersten Linken.)

Daniel Fránpfi, der nun an die Reihe kommt, erklärt, erst nächsten Montag sprechen zu wollen.

Emerich Zánka hielt es für nöthig, bei Gelegenheit der Adressdebatte sich auch über die auswärtige Politik und über die Heeresangelegenheit auszusprechen. Er erklärt sich entschieden für das von der Minorität des cisleithanischen Kabinetts in ihrem Memorandum entwickelte Programm und mißbilligt die Politik der Kabinettsmajorität, welche eine Proposition ihrer sämmtlichen Rechte berauben will. Der ungarischen Delegation möchte er die Instruktion ertheilen, sie möge für die Kriegsmarine nicht einen Kreuzer votiren, ehe dieselbe nicht auch die ungarische Flotte anerkannt habe und benütze, dann möge sie dahin wirken, daß auch in Cisleithanien der Schwerpunkt der Kriegsmacht auf die Landwehr verlegt werde. Auf solche Weise wird das riesige Budget der stehenden Armee vermindert werden können. Nur an den gemeinsamen Ausgaben sind Ersparungen möglich, bei den inneren Ausgaben thäte im Gegentheil eine ansehnliche Erhöhung noth. Trachten wir, die nationale Volkwehr so zu kräftigen und zu entwickeln, daß wir die stehende Armee je eher entbehren können!

Gabriel Várbay erachtet für unumgänglich nöthig, daß die Reihenfolge gescheitelt werde, in welcher die Budgets der einzelnen Minister verhandelt werden. Er ist dafür, daß diejenige Reihenfolge beibehalten werde, welche der Finanzausschuß in seinem Summarium beobachtet hat. (Zustimmung.) Dadurch wird auch erreicht, was Tisa vorschlägt, daß nämlich die Pensionen abgeordnet behandelt werden, da diese in einem

besonderen Summarium enthalten sind. Nach einigen Bemerkungen auf Grafen Zichy's Rede schließt er mit der Erklärung, daß er den Generalbericht des Finanzausschusses annehme.

Alexander Gubóy äußert sich in demselben Sinne. Schluß der Sitzung um 2 Uhr. Nächste Sitzung: Montag, Vormittag 10 Uhr. Morgen halten fast sämmtliche Sektionen Sitzungen ab.

Aus dem österreichischen Reichsrathe.

Wien, 14. Januar. (Herrnhaußsitzung.) [Nachtrag] Fürst Gzartoryski spricht für die Minoritätsadresse. Prarobevera: Es klingt geradezu als Spott, wenn man Angehört der Staatsgrundgesetze, der Landtagswahlordnungen von dem Weirande eines neutralistischen Systems spricht. Ich werde für den Majoritätsentwurf stimmen und nicht für die zweideutigen Amendements der Minorität. Ich schließe mit den Worten, welche Sw. Durchlaucht (Gum Präsidenten gedenkt) als Ministerpräsident im Abgeordnetenbanne gesprochen haben: Der Aufrihtigkeit der österreichischen Staatsidee zu dienen, ist der Parteilichkeit, der zur Geltung kommen muß. (Bravo!)

Fürst Szangusko (für das Minoritätsvotum): Ich stimme für das Votum der Minorität vom Standpunkte der galizischen Revolution. Diefelbe ist keine Drohung, denn es heißt nicht: Bewilligt unsere Forderungen oder wir scheidend aus dem Reichsrathe. Wenn Sie die Sätze des Minoritätsvotum annehmen, bleiben Ihre Rechte dennoch gewahrt (Dobro!) und Sie vermeiden eine Kriegserklärung an das halbe Reich.

Fürst Auersperg: Das ist schon eine Drohung. Szangusko will sich erklären.

Graf Auersperg: Es wäre gut, die Auslegung des Wortes schon ruhen zu lassen. Szangusko setzt sich zögernd.

Prof. Neumann: Um was handelt es sich denn eigentlich? Es handelt sich um Aufrechterhaltung oder Zerstörung der Verfassung, oder anders gesagt, um Zentralisation oder Föderalismus. Es zeigt eine Verworrenheit der Sinnung, wenn man in einem einseitlichen, monarchischen Staate vom Föderalismus spricht. Es erinnert mich das an eine griechische Sage, die der Medea, welche ihren Vater zerstückelte, um ihn wieder zu versüßigen. Ein solches Rezept taugt aber nicht für Oesterreich, es ist ein Rezept für Kinder und Blödsinnige. Redner weist nach, daß sich auch in England und Nordamerika ein Streben nach Zentralisation kund gebe. Wir wollen schließt Redner, nicht ewig experimentiren, um nicht zum Gespött der Welt zu werden.

Hofrath Unger: Die Minorität will mit der Verfassung gegen die Verfassung kämpfen, wir wollen an dem Wesen der Verfassung festhalten und nicht allein an der Form. Ich stimme für das Majoritätsvotum. Redner sagt, daß die Föderalisten das Geschäft Preußens und Rußlands betreiben.

Gzartoryski verwarft sich entschieden gegen diesen Passus. Nachdem noch Graf Hartig für das Majoritätsvotum gesprochen, nimmt Graf Anton Auersperg das Wort. Es kritirt die Bestrebungen der Parteien in Oesterreich. Der beste Schutz der Verfassung ist die Rechtscontinuität und die Rechtsachtung, an der es leider in Oesterreich mangelte. Was ist der Grund des Wunsches einer Verfassungsänderung? Vielleicht die theilweise Nichtanerkennung. Die Gesetze zum Schutze des Eigenthums werden von Vielen nicht geachtet, ebenso die Zollgesetze, sollen sie deshalb so lange ungarbeitet werden, bis sie anerkannt werden. Gegen die Bestrebungen außerhalb der Verfassung gibt es nur ein Mittel: Das Ignoriren. (Dobro!) Redner glaubt nicht, daß sämmtliche Punkte der galizischen Resolution werden acceptirt werde, aber sie werden die größte Berücksichtigung finden.

Die Föderation ist anderwärts die Vereinigung von bisher getrenntem gewesen, in Oesterreich wäre sie die Trennung von bisher getrenntem. Redner schließt, der Weg der Majorität ist der des Rechtes und Gesehes.

Gemitt ist die Generaldebatte über die Adresse geschlossen. Schluß der Sitzung halb 4 Uhr, die nächste findet morgen, Samstag 10 Uhr statt.

Wien, 17. Januar. In der heutigen Reichsrathssitzung theilt der Präsident ein kaiserliches Handschreiben mit, wonach der Ministerpräsident Graf Tassja, dann die Minister Potocky und Berger ihrer Aemter entbunden und Freiherr von Plener mit der definitiven Bildung eines Kabinetts beauftragt wird. Freiherr von Plener ist mit der Führung des Präsidiums im Ministerathe und mit der Leitung des Landesvertheilungsbureau's betraut. Der gewesene Minister Berger legte sein Deputirtenmandat zurück.

Inland.

Klausenburg, 17. Januar. (Orig. Corr.) Man hat sich hier bereits so stark in den Gedanken verliebt, daß die in Ausfuhr genommene Errichtung einer Klausenburger Universität zu den brennendsten Bedürfnissen gehöre, daß es nicht überraschen darf, wenn die in dem Leitartikel eines als regierungsfremdlich bekannten Germania-Blautes enthaltene und — aufrichtig gestanden — vollkommen begründete Ausföhrung über die Ueberföhrigkeit des hier schließlich erwarteten Universitäts-Luruarartikels und über die viel dringendere Nothwendigkeit einer t e h n i s c h e n Hochschule hier wie ein eisfalter Sturzbad auf den erzig-

machte, wurde der Kaiser sehr bleich und befahl dem Präfecten, sogleich die gesetzlichen Schritte einzuleiten. Der Justizminister Herr Emil Olivier schickte noch im Laufe des Abends an die Zeitungen eine Note, der zufolge er mit Zustimmung des Kaisers die sofortige Verhaftung des Prinzen Peter Napoleon Bonaparte angeordnet hätte. Eine Note im heutigen „Journal officiel“ besagt: Auf die Kunde von der dem Peter Bonaparte begangenen Mordthat hat der Siegelbewahrer sofort die Verhaftung desselben angeordnet. Der Prinz war diesem Befehle zuvorgekommen, indem er sich schon um 5 Uhr dem Polizeikommissär von Autent als Gefangener gestellt hatte. Er ist sofort nach der Conciergerie gebracht worden.

Ferner veröffentlicht das „Journal officiel“ folgendes kaiserliche Dekret:

Wir, Napoleon u. s. w. In Anbetracht der Berichte, welche dem Prinzen Peter Bonaparte einen am 10. Jänner 1870 an der Person des Herrn Viktor Noir begangenen Mord zur Last legen; in Erwägung, daß der Angekuldigte unserer Familie angehört, und die Untersuchung daher von dem Staatsgerichtshof geführt werden muß, verordnen wir auf Grund der Artikel 1 des Senatsconsults vom 1. Juni 1858, 5, 8, 11, 12 und 13 des Senatsconsults vom 10. Juli 1852 auf Antrag unseres Siegelbewahrers, wie folgt:

Artikel 1. Die Anklagkammer des Staatsgerichtshofes wird einberufen, um über die dem Prinzen Peter Bonaparte zur Last gelegte Mordthat zu erkennen.

Artikel 2. Der Herr Rath D'Orns wird in der Anklagkammer des Staatsgerichtshofes den Vorsitz führen, der Generalprokurator Herr Grandperret wird im Verein mit dem Staatsanwalt Herrn Vergognie vom Pariser Appellhofe die Funktionen des Generalprokurators bei dem Staatsgerichtshof versehen.

Artikel 3. Unser Siegelbewahrer, Justiz- und Kultusminister wird mit der Ausföhrung dieses Dekrets beauftragt.

Die „Marseillaise“ ist am 11. sogleich nach ihrem Erscheinen mit Beschlag belegt worden. An leitender Stelle hatte Herr Rochefort

erklärt, es könne nach dem gestrigen Vorfalle keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Familie der Bonaparte eine Bande von Menschenmördern sei. Vor dem Bureau der „Marseillaise“ stationirt eine starke Menschenmenge; Polizeagenten erhalten die Ordnung aufrecht.

Die Leiche Viktor Noirs ist nach seiner Wohnung in Neuilly gebracht worden. Der erst 20jährige, unter seinen Kameraden sehr beliebte, wenn auch als Schriftsteller keineswegs bedeutende junge Mann sollte sich in diesen Tagen mit einer jungen Frau in ein adrethames Hause vermalen; sein Vater lag selbst auf dem Sterbette, als er die Schreckenskunde erhielt. J. J. Weiß, der ehemalige Redakteur des „Journal de Paris“, war es, welcher Viktor Noir in die Tagespresse eingeföhrt hatte. Bis vor Kurzem schrieb er nur unpolitische Chroniken und erst in der „Marseillaise“ zeichnete er jene politischen Epigramme à la Rochefort, die wohl ist von dem Chefredakteur herröhren. Viktor Noir war hoch gewachsen und herkulischer Stärke; seine Leiche ist, wie der „Figaro“ meldet, halb entleert auf ein eisernes Bett hingestreckt. Die rechte Hand trägt noch den Handschuh; das blutbefleckte Hemd ist geöffnet und läßt die Brust sehen. An der Stelle des Herzens ist eine kleine Wunde von dem Umfange eines Centimes. Das Gesicht zeigt noch einen herausfordernden Ausdruck. Die aufgeschlänkten Näheren, der halbgeöffnete Mund geben dieser bleichen Physiognomie ein seltsames Ansehen. Ein Bruder und die Braut des Verbliebenen weinen an seiner Leiche. Viktor war übrigens ein Pseudonym; der Unglückliche hieß mit seinem wahren Namen Viktor Salmon. Das Trauerhaus ist, wie man sich denken kann, ebenso wie das Wohnhaus des Prinzen Bonaparte in Autent, seit gestern von Neugierigen belagert. Utric de Jonville befindet sich, wie wir bestimmt wissen, bis zur Stunde noch auf freiem Fuße; er ist gestern in später Abendstunde vor den Untersuchungsrichter gerufen worden. Er befreitet auf das Entschiedenste, daß Viktor Noir Sand an den Prinzen gegeben hätte und behauptet vielmehr, daß der Prinz ohne jede Provocation des andern Theils dem Viktor Noir mit der linken Hand eine Ohrfeige gegeben hätte, während er mit der Rechten den Revolver aus der Tasche zog. Ob, wie an einigen Orten behauptet wird, Viktor Noir einen Stochregen mitge-

bracht und in der Wohnung des Prinzen zurückgelassen hat, muß als zweifelhaft dahingestellt und der Untersuchung zu entscheiden vorbehalten bleiben.

Die Wuth der radikalen Blätter kennt keine Grenzen. Der „Reveil“ vergleicht Peter Bonaparte mit dem Herzog von Choiseul-Braslin, während die „Gloche“ in Viktor Noir einen Kämpfer wie Baudin erblickt. Herr Ulfse Parent schreibt an den „Reveil“: „Freund! Nach dem Verbrechen von Autent gibt es keine Sicherheit der Person mehr. Ich gehe nicht mehr ohne Waffen aus; man kann einem Bonaparte in der Straße begegnen.“ Die Stunde des Begräbnisses wird bis jetzt noch geheim gehalten, aber der „Reveil“ glaubt sie heute Abend in einer zweiten Ausgabe anzeigen zu können, und er fordert die Nationalgarde auf, dabei möglichst zahlreich und in Uniform zu erscheinen und die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die „Reforme“ ist mit schwarzem Bande erschienen. In der Stadt ist die Aufregung allenthalben sehr groß. Die Abendblätter erscheinen fast sämmtlich verspätet; in den Arbeiterklassen soll seit gestern wieder stark agitirt werden. „La Presse“ behauptet, daß die Truppen für das Begräbniß Viktor Noirs konfignirt sind.

Wir können nachträglich noch den Appell mittheilen, welchen Rochefort in der mit Beschlag belegten „Marseillaise“ (deren Exemplare heute mit 40 bis 50 Francs bezahlt werden) an die Pariser Bevölkerung gerichtet hat. Er lautet: „Ich habe die Schwäche gehabt, zu glauben, daß ein Bonaparte etwas Anderes als ein Mörder sein könne! Ich habe gewagt, mir einzubilden, daß ein ehrlicher Zweikampf möglich wäre in dieser Familie, wo der Mord und Hinterhalt Ueberlieferung und Gebrauch sind. Unser Mitarbeiter Paschal Groussier theilte meinen Irrthum und heute beweisen wir unseren armen und theuern Freund Viktor Noir, welchen der Bandit Peter Napoleon Bonaparte ermordet hat. Es sind nun achtzehn Jahre, daß Frankreich in den blutigen Händen dieser Strauchhiebe, welche sich nicht damit begnügen, die Republikaner in den Straßen niederzumergeln, sondern sie noch in schwächliche Hasen locken, um sie im Hause umzubringen. Volk von Frankreich! Findest Du denn noch immer nicht, daß es jetzt genug ist?“

ten Kopf wirkte Das „ne higgy“ dieies Atentates Mänsche in allen freudem Lager entbultanten unbet sberlich zu der disant Universtität bächens schwach fömten, abolut für das Land ein ungarischen Preffe so wenig ungarische weniger Gomonie sepbischen, juridische nika und der Klau

Der biesige bat an die Jurist sie möchten dabei Gemeinden je nos freiwillig einige K Gence-Mustikope ständigen Dichtn helfen werden für Klausenburger stä spüren werden, de „Magyar A Confession, wo Vubenz als Dr Collegium nicht für jus und Ling Seite ein Kolonne

Dem „Kolo geföhren. Das „Reform“, wo rationale und confes ist. „R. R.“ hat geichnen, wo doch mit Aufmerksamkeit ritä: auf dem bez nannten jungläsch

W e s t, 13. wahrscheinlich ist: französischen Genet ist die Ernennung

geidnung für den lich einfach, das B Castellane in diese Ernennung e lich sehr beliebt. rung sind vorrefflich lons des französisch Ministerpräsidenten neurt. Im gewiss Anerkennung der g standen hat. Unfrer ren Bedeutung, wo oder vielmehr, wo welchen das franz tionen der biesigen keinen irgendwie Einheit des Reichs Frage gestellt. D bigt ist, bleibt dar Reichsregierung un offenbar Bahadach Hauptstädte des B auswärtige Politik es, daß der franz

einfach einen comu der sich darüber kl des Consulat einer kein anoulet diplor Grafen Castellane weis, daß sie nicht nur Hof Politik zu nannt, nachdem er gibt sie in einem neu allen dem Wiener recht zu erhalten u Castellane zum G deutschen Bundes ter ebenfalls diese nächster Zeit für ernannt werden. I

Der „Peuhl glaubliche, daß er

In der ben Supoy-Montpapot glieder der Familie werden sollen. G Aufregung nicht v dem Landesgehe des Justizminister einem mit einem g worden. Der M Detter des Kaisers, das Recht verweig Prinzen Murat du Volkes. Des Vol sind alle Kinder d ganz und gar der den Richtern, ohne dieser Weise forml ist, nach dem, was unter den Bonapar ruf den Redner g Olivier: Ich veru und Ruhe. (Unve Ein schmerzliche e Kenntniß erhielt, e Dieser war mit ich gestellt. Er verlag gerichtshof gemacht Ich mußte daher d gerichtshof einberu gung einer Revis

ten Kopf wirkte und eine durch nichts gerechtfertigte Enttäuschung hervorrief. Das „ne bigy a nemetnek“ (Trau dem Deutschen nicht) wird wegen dieser Aenart auf die Unfehlbarkeit der Klausenburger Universitäts-Männer in allen Tonarten variirt, denn man duldet hier selbst aus besondern Lager die Wahrheit sehr ungern. Wollten unsere Universitäts-enthusiasten unbefangenen Blickes mit sich zu Karbe geben, so müssten sie sich für die Ueberzeugung gelangen, daß jeder Kreuzer für eine so disant Universität rein allerletzten Ranges, für eine Universität, aus der höchstens schwache Juristen und noch schwächere Mediziner hervorgehen könnten, absolut hinausgeworfen ist, dagegen eine gute technische Schule für das Land ein unschätzbarer Gewinn wäre. Man begegnet in der ungarischen Presse der stereotypen Klage, daß bei technischen Arbeiten gar so wenig ungarische Kräfte verwendet werden. Nun denn, meine Herren, weniger Gymnasien und mehr Realschulen, weniger Hochschulen mit philologischen, juristischen und medizinischen Facultäten, sondern mehr Polytechnika und der Klage kann abgeholfen werden!

Der hiesige Landwehrdistrict-Commandant, General-Major Graf hat an die Jurisdiction des hiesigen Gerichts mit dem Ersuchen, sie möchten dahin wirken, daß die Bevölkerung der ihnen unterstehenden Gemeinden je nach der Portenabzahl oder nach jedem Tausend Grundbesitzes freiwillig einige Kreuzer beisteuern zur Ermöglichung der Errichtung einer Honved-Musikcapelle, wodurch zugleich dem Uebelstande des Mangels eines ständigen Orchesters im Klausenburger ungarischen Nationaltheater abgeholfen werden könnte. Ob sich die Bürger anderer Gemeinden wegen des Klausenburger ständigen Theaterorchesters freiwillig zu beisteuern Lust verspüren werden, daran erlaube ich mir sehr stark zu zweifeln.

„Magyar Polgar“ geißelt den Scheinliberalismus der kalvinischen Confessionen, welche die Anstellung des Victor Dalmaidy und Josef Budenz als Professoren am Rektorate und Sáros Patafer reformirten Collegium nicht gestatteten, weil die in Vorschlag gebrachten Professoren für jus und Linguistik Katholiken sind. Wird aber von katholischer Seite ein Kalviner refuset, so ist das Jüdischthum und Jesuitenthum.

Dem „Közöségi Közlöny“ ist schon wieder etwas Menschliches zugesprochen. Das Blatt erwähnt eine Correspondenz in der ungarischen „Reform“, wo es heißt, daß auf dem Königsboden eine Partei durch nationale und confessionelle Agitation sich eine Majorität zu erringen bemüht ist. „R. R.“ hat die Sitze, als diese Partei die Altsachen zu bezeichnen, wo doch Jeder, der die Wahlbewegung auf dem Königsboden mit Aufmerksamkeit verfolgt, genau weiß, daß die Erringung einer Majorität auf dem bezeichneten Wege gerade von der numerisch schwachen sogenannten jüdisch-sächsischen Partei angestrebt wurde und wird.

Peft, 13. Jänner. (Frankreich und Ungarn.) Sie haben wahrscheinlich schon die Nachricht erhalten, daß Herr Graf Castellane zum französischen Generalconsul in Pest ernannt worden ist. Meines Wissens ist die Ernennung in der Form erfolgt, daß sie als eine persönliche Auszeichnung für den Herrn Grafen Castellane gelten kann. Es heißt nämlich einfach, daß hiesige französische Consulate seit dem Herrn Grafen Castellane in ein Generalconsulat umgewandelt. Thatsächlich hat jedoch diese Ernennung eine größere Bedeutung. Graf Castellane ist hier persönlich sehr beliebt. Seine Beziehungen zu den Mitgliedern unserer Regierung sind vorzüglich. In der Abendgesellschaft, die gestern in den Salons des französischen Consulates stattfand, machte die Gattin des Herrn Ministerpräsidenten in Vertretung der Frau Gräfin Castellane die Honneur. Im gewissen Sinne ist die Rangeshebung des Herrn Grafen eine Anerkennung der gesellschaftlichen Stellung, die er sich hier zu erwerben verstanden hat. Unstreitig liegt in ihr aber auch eine Anerkennung der höchsten Bedeutung, welche Pest für die französische Politik gewonnen hat, oder vielmehr, wenn ich die Wahrheit sagen soll, des großen Werthes, welchen das französische Cabinet darauf legt, in Fühlung mit den Intentionen der hiesigen Regierung zu bleiben. Diese Thatsache trägt durchaus keinen irgendwie feindseligen Charakter gegen Oesterreich-Ungarn. Die Einheit des Reiches nach Außen hin wird dadurch in keiner Weise in Frage gestellt. Der Botschafter, der in Wien bei Sr. Majestät beglaubigt ist, bleibt darum doch der einzige Vermittler zwischen Sr. Majestät Reichsregierung und dem Kaiser der Tschechen. Aber die Politik darf offenbar Thatsachen nicht ignorieren. Pest ist nun einmal eine der beiden Hauptstädte des Reiches. Der Einfluß der hiesigen Regierung auf die auswärtige Politik ist ebenso bekannt, wie natürlich. Ebenso natürlich ist es, daß der französischen Regierung daran gelegen sein muß, in Pest nicht einfach einen commercialen Vertreter zu besitzen, sondern einen Vertreter, der sich darüber klar ist und es auch zum Ausdruck bringen kann, daß jedes Consulat einer Großmacht in Pest ein diplomatisches ist, wenn auch sein aequivalent diplomatisches. Zudem die französische Regierung den Herrn Grafen Castellane einfach als Consul hierhergeschickt, lieferte sie den Beweis, daß sie nicht im entferntesten daran denkt, in Pest gegen den Wiener Hof Politik zu treiben. Zudem sie ihn jetzt zum Generalconsul ernannt, nachdem ihm vor Kurzem die Territorialität zuerkannt worden ist, gibt sie einen neuen Beweis für ihren Wunsch, ihre guten Beziehungen zu allen dem Wiener Hofe freundlich gesinnten maßgebenden Factoren aufrecht zu erhalten und zu pflegen. Die Ernennung des Herrn Grafen Castellane zum Generalconsul dürfte übrigens der Regierung des norddeutschen Bundes eine Veranlassung bieten, Herrn Baron v. Waeders-Görter ebenfalls diesen Titel zu erteilen. Dem Vernehmen nach wird schon in nächster Zeit für Lemeswar ein Honorarconsul des norddeutschen Bundes ernannt werden. Bis jetzt besteht in Lemeswar nur ein türkisches Consulat.

Der „Peuple Français“ leistet von allen Blättern allein das Unglaubliche, daß er das Ereigniß von Autent mit Stillschweigen übergeht. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers bringt Herr Guyot-Montpavrou ein Gesetzentwurf ein, dem zufolge sämtliche Mitglieder der Familie Bonaparte wieder unter das gemeine Recht gestellt werden sollen. Er wolle, sagt der Abgeordnete erläuternd, die herrschende Aufregung nicht vermehren, aber eine gesetzliche Ausnahmebestimmung aus dem Landesgesetze entfernen. Herr Henri Rochefort wünscht eine Frage an den Justizminister zu richten. Ein Mordmord, sagt er, ist gestern an einem mit einem heiligen Mandat versehenen jungen Mann begangen worden. Der Mörder ist ein Mitglied der kaiserlichen Familie, der leibliche Vetter des Kaisers. Ich frage den Herrn Justizminister, ob er auch dies Mal das Recht verweigern werde, wie jenem Manne, der kürzlich von einem Prinzen Murat durchgeprügelt worden ist. Das Opfer ist ein Kind des Volkes. Das Volk verlangt ein Urtheil. . . . Präsident Schneider: Wir sind alle Kinder des Volkes. Herr Rochefort: Warum Richter, welche ganz und gar der Dynastie ergeben sind? Präsident: Sie sprechen von den Richtern, ohne sie zu kennen und ich kann nicht erlauben, daß Sie in dieser Weise fortfahren. Herr Rochefort: Nach dem, was gestern geschahen ist, nach dem, was schon lange geschieht, fragt man sich wirklich, ob wir unter den Bonaparte oder unter den Vorgia leben. (Sturm.) Präsident ruft den Redner zur Ordnung und heißt ihn sich setzen. Justizminister Olivier: Ich verrette hier die Gerechtigkeit und mit ihr die Mäßigung und Ruhe. (Unverständliche Unterbrechungen von Raipal und Rochefort.) Ein schmerzliches Ereigniß hat sich gesterngetragen. Sobald ich davon Kenntniß erhielt, gab ich Befehl, den Prinzen Bonaparte zu verhaften. Dieser war mit schon zuvorgekommen und hatte sich in der Conciergerie gestellt. Er verlangte, daß ihm der Prozeß vor einem gewöhnlichen Schwurgerichtshof gemacht werde. Aber ein formelles Verbot steht dem entgegen. Ich mußte daher dem Kaiser das Defret unterbreiten, welches den Staatsgerichtshof einberuft. Wir werden später prüfen, ob die herrschende Gesetzgebung einer Revision bedürftig ist und werden vielleicht unserer Ansicht

Peft, 15. Jänner. Der ungarische „Közös“ meldet: Der Finanz-Minister führte die Staatsubvention für die Aktiengesellschaften. Der Justizminister bringt einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Abänderung der neuen Civilprozeß-Ordnung und Abänderung des neuen Gesetzes über Promulgarung der Gerichte.

Wien, 17. Jänner. Soeben (10 Uhr) trifft im Abgeordnetenhaus eine Zuschrift Vener's an das Präsidium ein, in welcher die Erhebung der drei Minoritäts-Minister von ihren Vätern und die Ernennung Vener's zum provisorischen Vorsitzenden und Landesvertheidigungs-Minister angezeigt wird.

Wien, 17. Jänner. Es ist ausgemacht, daß zum gemeinsamen Finanzminister ein Ungar ernannt wird; provisorisch wird das Ministerium von Sectionschef Weninger geleitet; derselbe dürfte auch definitiv ernannt werden, wenn ihn die Deßpartei nicht lieber an die Spitze des ungarischen obersten Rechnungshofes gestellt sehen will.

Zur Abregbarkeit im Abgeordnetenhaus sind 23 Redner eingeschrieben. Von der Minorität werden Gscholtski, Peter Groß, Loman, Greuter und Seetez sprechen.

Gredoltski begründet heute den Resolutionsantrag des galizischen Landtags. Fürst Radislaus Gzartoryski ist hier angekommen.

Linz, 14. Jänner. Der Reichs politische Verein beschloß gestern mit Stimmenmehrheit, beim Reichsrath um sogleiche Einführung eines Verwaltungs-Gerichtshofes zu petitioniren.

Reichenberg, 15. Jänner. Reichskanzler Veust beantwortete die Adresse der Handelskammer mit einem ausführlichen Schreiben, in welchem er das Ziel für alle unter dem Scepter des Kaisers lebenden Völker die Verfeinerung bezeugt; er wärme aber nicht, daß dieses Ziel durch Preisgebung der Verfassung und des deutschen Elementes zu erreichen sei.

Russland.

Berlin, 14. Jänner. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Der Gesetzentwurf über die Handelskammern wurde nach den Vorschlägen der Kommission, mit welchen sich die Regierung einverstanden erklärte, unter Verwerfung abstrakter Amendements genehmigt.

Berlin, 15. Jänner. Der National-Zeitung zufolge findet Anfangs Februar eine Versammlung statt, bezüß die Feststellung einer über das Gesamtgebiet des norddeutschen Bundes sich erstreckenden Organisation der national-liberalen Partei.

München, 14. Jänner. Die gestrige Volksversammlung beschloß, das Kammerpräsidium um rasche definitive Prüfung der Münchener Landtagswahlen zu bitten, damit die Landeshauptstadt bei der Abregbarkeit nicht unvertreten sei. Der vormalige Justizminister, Reichsrath Ringelmann, und der Regierungs-Präsident von Oberbayern, Baron Zu-Meinhof, sind gestorben.

Paris, 13. Jänner. Bis halb 7 Uhr Abends ereignete sich nichts Bemerkenswerthes. Um diese Zeit jedoch erschienen einige Vandalen auf dem Boulevard und sangen die Marseillaise. Die Stadtergebenen wollten sie zerstreuen. Vor dem Theater Varietés wurden Steine gegen die Sicherheitsorgane geschleudert, von welchen zwei durch Steinwürfe, zwei durch Schießerei verwundet wurden.

Ein Friedensoffizier wurde gleichfalls durch einen Steinwurf verwundet. Es wurden dazwischen vier Verhaftungen vorgenommen.

Um 9 Uhr erschienen die Aushreiter im Foubourg St. Antoine. Hier traten sofort mehrere Ladenbesitzer, mit Stöcken bewaffnet, auf die Straße und erklärten, daß sie selbst die Ruhe mit Gewalt erhalten werden, worauf sich die Aushreiter zerstreuten.

Um 10 Uhr fanden Versammlungen in Carrefour des Boulevard Montmartre, hauptsächlich aus jungen Reuten und Kindern bestehend, statt, welche die Marseillaise sangen, die von den benachbarten Cafés flüchtigen Reuten mit Auspfeifen beantwortet wurde. Die Stadtergebenen stellten alsbald den Verkehr wieder her. Um Mitternacht war vollständige Ruhe wiederhergestellt. Es erschienen nur eine kleine Anzahl von Truppen in den Straßen, aber es waren einige Maßregeln getroffen, um nöthigenfalls die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern.

Mehrere Abtheilungen Kavallerie waren aus den benachbarten Garnisonen in Paris eingetroffen.

Das „Journal Officiel“ schreibt: Der päpstliche Nuntius hat gestern dem Kaiser ein eigenhändiges Schreiben des Papstes überreicht.

Die Wähler der Departements Aude, Ille und Vilaine und Nièvre wurden auf den 6. Februar berufen.

Eine bereits mit Tausenden von Familien-Unterschriften bedeckte Adresse der Pariser Nationalgarde an das Gouvernement beklagte die unbeschreibbaren Verluste, welche den Audebesitzern durch die Wirren der letzten Tage zugefügt worden, und verlangt strengere Aufrechterhaltung der Ordnung in den Straßen.

Das in Aussicht gestellte neue Preßgesetz soll sehr liberale Bestimmungen enthalten.

Paris hat seine Alttags-Physiognomie, im Bois de Boulogne findet bei herrlichem Wetter ein großartiges Coisé statt.

Dem „Public“ zufolge kaubündig Rochefort sein Mandat niederzulegen und soll Ledru-Rollin für Paris kandidiren.

Die „Correspondance Havas“ meldet: Die Polizeikommissionäre erhielten gestern bestimmte Weisungen, Geduld anzuwenden und nur für den Fall absoluter Nothwendigkeit zur Gewalt zu schreiten. In den Champs Elyées hat die Kavallerie keinerlei Angriff gemacht, da sich die Menge nach Auf-

sein. Aber darum wird der Platz nicht vor Rädern gesteckt sein, welche der Würde und Unabhängigkeit entbehren. Seine Weibliche, durch das Gesetz von 1852 organisirt, bietet alle Bürgschaften; eine Jury von sechzig den Generalräthen entlehnten Mitgliedern wird über ihn aburtheilen; nicht bloß Paris, sondern das ganze Land wird über ihn zu Urtheil sitzen. Die Regierung hat ihre Pflicht gethan und wird sie auch ferner thun. Die Situation hat darum nichts Bedenkliches; ein großes Verbrechen ist von einer hochgestellten Persönlichkeit begangen worden und wir bringen die demokratischen Prinzipien zur Anwendung, welche verlangen, daß kein Schuldiger sich dem Arme der Gerechtigkeit entziehe. Wird sind die Ruhe und die Mäßigung; nur wenn man uns dazu zwingen wird, werden wir auch die Stärke sein. (Beifall rechts und im Centrum.) Herr Raipal bringt unter allgemeinem Lärm einige Kritiken des Staatsgerichtshofes vor. Präsident verliest ein Schreiben des Generalprocurators, in welchem dieser bei der Kammer um die Ermächtigung anträgt, Herrn Rochefort wegen Beleidigung des Kaisers und Aufreizung zum Aufruhr und Bürgerkrieg, d. h. wie ausdrücklich hinzugefügt wird, wegen eines gemeinen, bei allen freien Völkern strafbaren Vergehens, zu verurtheilen. Die Bureau werden morgen über diesen Antrag befinden.

Notiz.

(Lotto-Ziehungen in Hermannstadt im Jahre 1869.) Im verflossenen Jahre fanden in Hermannstadt von 14 zu 14 Tagen bis am Mittwoch 26 Lotterziehungen statt, deren erste am 13. Jan., die letzte am 29. Dec. vorgenommen wurde. Betrachtet man die gezogenen Zahlen, so stellt sich folgendes Crebith heraus. Am öftersten mal wurden gezogen die Zahlen 16, 18, 27, 53, 55, 57; je 3mal die Zahlen 29, 34, 35, 46, 47, 54, 62, 66, 67, 85 und 90; je 2mal die Zahlen 1, 2, 3, 8, 11, 13, 14, 15, 17, 21, 22, 23, 24, 42, 48, 58, 59, 65, 69, 76 und 84; je 1mal die Zahlen 5, 7, 12, 19, 25, 32, 33, 38, 40, 41, 43, 44, 45, 49, 50, 51, 52, 60, 61, 63, 64, 70, 77, 80, 81, 82 und 88; gar nicht wurden gezogen die Zahlen 4, 6, 9, 10, 20, 26, 28, 30, 31, 36, 37, 39, 56, 57, 68, 71, 72, 73, 74, 78, 79, 83, 86 und 87.

forberung zurückzog. Einige lärmende Ansammlungen fanden Abends auf dem Boulevard und in Belleville statt. Ueberall unterstügten Bürger kräftig die Behörde. Auf dem Boulevard Montmartre wurden einige bewaffnete Individuen von den Bürgern selbst verhaftet. Heute herrscht vollständige Ruhe.

Die „Marseillaise“ berichtet über die gestrige Episode bei der Rückkehr der Teilnehmer am Leichenbegängniß Neit's durch die Champs Elyées in folgender Weise: Die Menge bemerkte Coassens-Regimentiere, welche den Zugang von dem Industrie-Palaste absperrten. Rochefort stieg aus dem Wagen und sagte: Bürger, laßt mich vorausgehen. Er ging auf die Truppe los, an deren Spitze sich ein Friedensoffizier und Tambours befanden. Es erfolgte der erste Trommelschlag. Rochefort sagte: Die Bürger, die mich umgeben, nehmen bei der Rückkehr von dem Leichenbegängniß denselben Weg, welchen sie auf dem Hinwege eingeschlagen haben. Beabsichtigen Sie ihnen den Durchgang zu versperren? Es erfolgte jedoch der zweite Trommelschlag. Rochefort sagte: Ich bin Vertreter des Seine-Departements und will in die gesetzgebende Versammlung gehen. Man antwortet: Sie werden zu allererst niedergebühel werden. Rochefort sagte jedoch zu der Menge: Zerstreuen Sie sich. Sie werden sich unnützerweise niederlegen lassen.

Die „Marseillaise“ erwähnt nicht das Gerücht, daß Rochefort sein Deputirten-Mandat niederzulegen beabsichtige.

Der „Figaro“ sagt, der Minister des Innern habe selbst zu Pferde die Truppe nach den Champs Elyées dirigirt.

(Sitzung des gesetzgebenden Körpers.) Auf eine Anfrage Duquès erklärt der Unterrichtsminister, das Cabinet werde die Frage des unentgeltlichen Elementar-Unterrichts prüfen, bevor dasselbe einen definitiven Beschluß fassen wird. Sodann gelangt der Commissionsbericht zur Verlesung, der mit Einstimmigkeit die Zulassung der gerichtlichen Verfolgung gegen Rochefort beantragt.

(Sitzung des Senates.) Graf Buttental interpellirt über die kommerzielle Frage. Er vertheidigt die Handelsfreiheit und erklärt, er habe mit Erfahren die im „Journal Officiel“ vom 8. d. verlautbarten Defrete gelesen. Er sagt, die Regierung solle den Industriellen antworten: Beschüßt euch selbst.

Der Handelsminister erklärt darauf, daß der Handelsvertrag mit England nicht gekündigt werden wird, seine Aufrechterhaltung werde jedoch der parlamentarischen Enquete-Kommission zur Prüfung vorgelegt werden. Die von Traupmann eingelegte Berufung wurde verworfen.

Kirche und Schule.

Hermannstadt, 18. Jänner. In den Ausschuss, welcher im Sinne der allerhöchsten sanctionirten Wahlordnung für die autonome Katholikenernennung die Conseription der katholischen Wähler und überhaupt die Wahl eines Deputirten für die nächste autonome Katholikenernennung zu leiten berufen ist, sind von Seite der hiesigen röm.-kath. Pfarrengemeinde am heutigen Tage gewählt worden, die Herren: Josef Kraker, k. k. Hauptmann in Pension, — Herzberg, k. k. Major in Pension, — Knezevich, k. k. Hauptmann in Pension, — Radich v. Prati, k. k. Cassendirector in Pension, — Johann Pfaff, kön. ung. Zablmeister in Pension; — zu Ersatzmännern, die Herren: Anton Schopf, Kaufmann und Wolnar, röm.-kath. Kaplan.

Der Tag der Deputirtenwahl wird durch den oben genannten Ausschuss anberaumt und rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Vereins-Nachrichten.

Hermannstadt, 19. Jänner. (Gewerbe-Verein.) Die General-Versammlung desselben findet statt am nächsten Sonntag den 23. d. M. Nachmittags 4 Uhr im Vereinsgebäude. Dem Vernehmen nach wird wie alljährig, auch diesmal, der Zustand der Sonntagsschule zur Besprechung kommen. Der Ausschuss hatte unlängst in der Person des Gewerbe-Vereins-Directors und des Ausschussmitgliedes Josef Conner eine Vertheilungs-Commission entsendet, welche sich mit den Vorsefforen ins nachherige Ginnernehmen gesetzt hat und wird Herr Professor Albrich, Ausschussmitglied, den Bericht mit Rücksicht hierauf (wie einen Theil des Rechenschafts-Berichtes der Vereinsleitung) erstatten. Der Besuch der Schüler soll mangelhaft, der Vorrath von Hilfsmitteln (Büchern etc.) höchlich sein. Möchten alle Freunde des Vereins und unseres Gewerbestandes dieser General-Versammlung zahlreich beiwohnen.

(Liedertafel.) Sonntag, den 23. Jänner 1870, um 11 Uhr Vormittags findet die General-Versammlung statt. Wozu die p. l. Mitglieder hiemit eingeladen werden. Gegenstände der Verhandlung sind vor Allem: 1. Rechenschaftsbericht über das abgelaufene Vereinsjahr. 2. Neuwahl der Vereinsleitung für das laufende Jahr. Die Vereinsleitung.

Local- und Personalia.

Hermannstadt, 19. Jänner. (Synonymes.) Dr. Peter Jassó, Julius Erdödy — wie wir aus dem Amtsblatte ersehen — seinen Namen in Erdödy zu ändern lassen. Besonlich dringende Gebeten auf ungarisch „Erdödy“ — und da könne man leicht auf den Gedanken gerathen, daß nach der in der beiliegenden Nummer stehenden Ironie Sedenbügen und Glend ganz identische Begriffe sein müssen.

(Diebsbände.) Vom Klausenburger führt. Gerichte wurden dieser Tage die Mitglieder jener Diebsbände, welche die äußere Kolonnenmonstrirten Gasse lange Zeit hindurch unsicher machte und der Schrecken des reisenden Publikums war, abgeurtheilt. Der Hauptführer der Bande Danilo Orbevan erhielt ein Jahr, sein Vicekapitän Gika Nodjolan sechs Monate und der Hebler und Tischlermeister Johann Brandoosti gleichfalls sechs Monate schweren Ritters andirret.

(Zerfünftigung.) Jener junge Klausenburger Schlosser, dessen in einer Klausenburger Correspondenz unseres Blattes Erwähnung geschah und welchem es gelungen war, mit einem von ihm verfertigten Instrumente eine Wertheim'sche Kassa zu öffnen, ist — wie „Magyar Polgar“ mittheilt — inmitten seiner Bemühungen, das von ihm verfertigte Instrument zu vervollkommen, irrsinnig geworden.

Geschäfts-Bericht.

In Folge der schlechten Straßen und des einfallenden räumlichen Frostes reduzirte sich der heutige ganze Marktverkehr auf Null, denn natürlichermesse wurden von den Producenten auch überausige Forderungen gestellt, und die Käufer beobachteten inogelant heute heutzutage Tendenzen, welches jedoch im Allgemeinen für den Verkehr nicht für maßgebend betrachtet werden kann und nur der schwachen Jahrszahl zuzuschreiben ist, es kamte auch nur derjenige, welcher eben mußte. Witterung zunehmend gelind ohne Frost.

Telegr. Wiener Cours vom 18. Jänner 1870.

50/100 Metalliques.....	60.25	Ungar. Grundentlastungsbob.	78.75	
50/100 National-Anlehen (Silber) ..	70.20	Temesos.	71.50	
1860er Staats-Anlehen	98.50	Siebenb.	75.00	
Banknoten	736.00	Kroat.-Slav.	83.50	
Bankaktien	261.20	Silber	120.50	
London	123.20	S. l. Wilm.-Dukaten	5.80 1/2	
Siebenb. Eisenbahn-Aktien (vom 15. Jänner.)				166.50
Prioritäts-Obligationen				167.00
.....				90.00
.....				90.25

